

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL MdL

Landesvorsitzender



SPD-Landesverband Hessen | Rheinstraße 22 | 65185 Wiesbaden

VFB in Hessen
Frau Dr. Karin Hahne
Rhonestr. 4
60528 Frankfurt

SPD-Landesverband Hessen
Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden

t.schaefer-guembel@spd.de
Telefon: 0611 / 999 77-0
Telefax: 0611 / 999 77-11

Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
IBAN: DE67510500150111037000
BIC: NASSDE55

EINGEGANGEN 24. Sep. 2018



19.09.2018

Sehr geehrte Frau Dr. Hahne,

anbei übersenden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen. Bei Rückfragen können Sie sich jederzeit an uns wenden.

Zu 1)

Neben dem Handwerk gehören freie Berufe wie Rechtsanwälte, Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure, Gesundheitsberufe wie Hebammen/Entbindungspflegern, Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker, Krankengymnastinnen und Krankengymnasten oder Berufe aus dem Bereich der Sprache, Wissenschaft und Kunst zu den wichtigsten Säulen des selbstständigen Mittelstands. Sie tragen wesentlich zu unserer Wirtschaftskraft bei und sind drittstärkster Ausbilder. Wir stehen daher zu dem System der berufsständischen Selbstverwaltung und sind gegen weitere Liberalisierungen von Kosten- und Honorarordnungen der freien Berufe. Bestehende Berufszugangsvoraussetzungen dürfen nicht aufgeweicht werden. Zur Anpassung an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der freien Berufe sollen Beratungsleistungen und Förderungen nicht nur im Bereich der Gründungsförderung weiter ausgebaut, sondern auch durch eigene Landesmittel ergänzt werden.

Zu 2)

Wir wollen unseren konstruktiven Dialog mit den Freien Berufen weiterhin fortsetzen und die Erkenntnisse unserer Gespräche sowohl auf Landesebene in unsere Arbeit mit einbeziehen als auch an die Bundesebene weitergeben.

Zu 3)

Wie bereits in Frage 1 beschrieben stehen wir zu dem System der berufsständischen Selbstverwaltung. Grundsätzlich betrachten wir es allerdings kritisch, wenn sich immer mehr Gruppen der Solidargemeinschaft entziehen und in eigenen Versorgungswerken organisiert sind.

Zu 4)

Wir bekämpfen den sich immer stärker abzeichnenden Fachkräftemangel in Hessen. Rückgrat aller wirtschaftlichen Entwicklung sind gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In Zeiten des demografischen Wandels und der Digitalisierung stellt sich diese Herausforderung für Hessen besonders. Deswegen wollen wir die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und die Maßnahmen der Fachkräftesicherung in unserem Land in einem Ministerium bündeln. Wir werden eine Stabsstelle für Fachkräfte „STAFF“ Hessen gründen und die strategische sowie praktische Arbeit dort bündeln. Wir wollen Hessens Berufsschüler fit machen. Deshalb investieren wir in die hessischen Berufsschulen, damit sie bestens ausgestattet sind für die Arbeitswelt von morgen. Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, ihre Berufswahlentscheidung gut überlegt zu treffen. Schon eine entwicklungsgerechte Beschäftigung der Jugendlichen mit den verschiedenen Wegen, die sich ihnen bieten, ist hilfreich, um den späteren Übergang in Ausbildung, Studium und Beruf zu erleichtern und um Abbrüche zu vermeiden. Dazu gehören handwerkliches Arbeiten in der Grundschule und die frühzeitige Förderung von Kindern und Jugendlichen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen-technischen (MINT-)Fächern genauso wie Informationen über die duale Ausbildung als Teil der beruflichen Orientierung und Kompetenzfeststellungen sowie individuelle Beratungen als Grundlage für die Berufswahlprozesse flächendeckend an allen weiterführenden Schulen. Hierfür werden wir die Berufsorientierung, wie sie im Fach Arbeitslehre vermittelt wird, auch an Gymnasien mit Pflichtstunden unterlegen und genügend Zeit und Raum in allen Schulformen gewähren. Praktika sollten in der Schule gut vor- und nachbereitet werden, damit sie einen Gewinn für Schülerinnen und Schüler sowie Betriebe darstellen. Als Träger der dualen Ausbildung stehen die beruflichen Schulen gleichwertig neben der gymnasialen Oberstufe. In dieser Stellung sind sie auf den nichtakademischen und praxisorientierten Teil der Bildung von Schülerinnen und Schülern fokussiert. Wir wollen die beruflichen Schulen in die Lage versetzen, auch in der neuen Arbeitswelt

ihre zentrale Funktion als wichtiger Lernort neben dem Betrieb zu erfüllen, an dem theoretisches Wissen für eine moderne und entwicklungsfähige Berufstätigkeit vermittelt wird. Dafür müssen berufliche Schulen mit deutlich mehr Ressourcen ausgestattet werden, auch im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung. Wir begrüßen daher den auf Bundesebene vorgeschlagenen Pakt für berufliche Schulen und werden uns aktiv an der Ausgestaltung und Umsetzung beteiligen. Diesem Anschreiben haben wir auch unser Ausbildungspapier beigelegt.

Zu 5)

Der Anwendungsbereich des § 81 HDSIG ist – auch im Vergleich mit dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes und den Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzen anderer Bundesländer – eng gefasst und enthält eine Vielzahl von Bereichsausnahmen. So sind die Polizeibehörden, die Landeskartellbehörde, die Regulierungskammer, die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern vollständig aus dem Anwendungsbereich ausgenommen. Dabei enthält auch das HDISG entsprechende Schutzvorschriften, etwa zum Schutz öffentlicher und privater Belange, zum Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses, zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen oder auch von Persönlichkeitsrechten. Wir sprechen uns deshalb nicht für weitere Bereichsausnahmen aus, sondern für eine Streichung von vollständigen Bereichsausnahmen und somit für eine Öffnung des Anwendungsbereichs für den Informationszuganganspruch unter Wahrung der jeweils konkreten Ausnahmetatbestände aus.

Zu 6)

Die Datenschutzkonferenz besteht aus den Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder. Die Datenschutzaufsichtsbehörden sind gemäß Art. 8 Abs. 3 GrCH sowie Art. 51 ff DS-GVO unabhängig. Dementsprechend können wir hierauf keinen Einfluss nehmen. Was die konkrete Fragestellung zur Umsetzung der DS-GVO im Hinblick auf die Freien Berufen und hierbei insbesondere die Frage der Auftragsdatenverarbeitung angeht: Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder haben bereits deutlich gemacht, dass es sich bei der Einbeziehung eines Berufsgeheimnisträgers (beispielsweise Steuerberater, Rechtsanwälte, externe Betriebsärzte oder Wirtschaftsprüfer) in der Regel nicht um eine Auftragsverarbeitung handelt, sondern um die Inanspruchnahme fremder Fachleistungen bei einem eigenständig Verantwortlichen.

Zu 7)

Der Ballungsraum Rhein-Main ist sehr attraktiv für viele Menschen. Seit 2001 sind 100.000 Menschen in die Stadt Frankfurt gezogen. Der Zuzug ins engere Rhein-Main-Gebiet ist ungebremst. Dies schafft neue Herausforderungen: Bereits heute gehören Frankfurt und Darmstadt hinsichtlich

der Mieten zu den acht teuersten Orten Deutschlands. Allein in der Stadt Frankfurt fehlen bereits heute 30.000 Wohnungen. Die Pendlerströme bringen den Verkehr werktags zum Erliegen. Die großen Herausforderungen in der südhessischen Metropolregion können nicht mehr von einzelnen Kommunen allein bewältigt werden.

Die SPD steht zu einer Internationalen Bauausstellung (IBA) Frankfurt/Rhein-Main, die exemplarisch und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Pilotprojekte für Leben, Wohnen, Arbeiten und Mobilität heute entwickelt – in wachsenden wie auch in schrumpfenden Städten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine städtische Politik der kurzen Wege starkmachen – wir wollen Wohnen, Leben und Arbeiten in den Städten besser ermöglichen. Für jede neue Siedlung sollen günstige und vernetzte Verkehrsanbindungen mit geplant werden.

Trotz der wachsenden Wohnraumknappheit im Rhein-Main-Gebiet wurden von den rund 2.300 Hektar, die seit 2010 im Regionalplan zur Bebauung vorgesehen sind, von den Kommunen dafür nur 27 Prozent verbindlich ausgewiesen. Lediglich weitere 14 Prozent sind tatsächlich bebaut worden. Wir wollen den Wohnungsneubau deshalb vereinfachen. Wir werden uns mit den Beteiligten an einen Tisch setzen, um Planungsverfahren effizienter zu gestalten in Bezug auf Beteiligungsrechte, Vorschriften und juristische Auseinandersetzungen. Denn oft liegt es nicht am fehlenden Geld, sondern an den Anforderungen an die Schaffung von Bauland, die bezahlbaren Wohnraum verhindern.

Wir wollen Kommunen und Regionalplanung mit Blick auf die Entwicklungen im Metropolraum im Bereich der Flächenplanung handlungsfähiger machen. Eine Struktur, die bei der Wachstumsdynamik des Ballungsraums acht bis zehn Jahre für die Flächennutzungsplanung benötigt, versündigt sich an den Entwicklungschancen der Region. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die bestehenden Regelungen zur Flächennutzungsplanung so ändern, dass bei Bedarf schneller gehandelt werden kann und einzelne Kommunen bei akuten Problemen wie dem aktuellen Wohnungsmangel schneller aktiv werden können.

Eigentum verpflichtet – das gilt ganz besonders, wenn es um bezahlbares Wohnen geht. Alle Menschen haben ein Recht auf bezahlbares Wohnen. Der Umgang mit dem endlichen Gut Boden darf daher nicht nur den Kräften und Gewinninteressen des Marktes überlassen werden sondern bedarf einer stärkeren gemeinwohlorientierten Steuerung. Deswegen wollen wir Gemeinden in die Lage versetzen, ihren Grundbesitz zu halten, für die Schaffung von geförderten Wohnungen und Infrastruktur einzusetzen und im Rahmen kommunaler Bodenfonds zu vermehren.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass sowohl das BIMA Gesetz geändert wird als auch das Land eigene Liegenschaften den Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften für den Bau von Wohnungen vergünstigt zur Verfügung stellt. Im Falle des Verkaufs soll das beste Konzept

entscheiden, nicht der höchstmögliche Preis, wie z. B. beim Verkauf des alten Polizeipräsidiums in Frankfurt.

Wir benötigen die Planung für mehr bezahlbaren Wohnraum aus einer Hand und werden deshalb die Bereiche Wohnungsbau und Landesentwicklung wieder in einem Ministerium bündeln.

Für Schwarz-Grün hat der Bau von günstigen Mietwohnungen keine Priorität. Derzeit sind die Zuständigkeiten für bezahlbares Wohnen und Stadtentwicklung nur Anhängsel im Umweltministerium. Es gibt derzeit nicht einmal eine eigenständige Abteilung für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Landesregierung. Das werden wir ändern. Wir werden uns mit höchster Priorität uns der Aufgabe annehmen, möglichst zügig für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

Zur Sicherstellung der zielgenauen und nachhaltigen Förderung werden wir bei der Vergabe von Fördermitteln des Landes kommunale Wohnraumversorgungskonzepte zugrunde legen. Dadurch wird sich die Förderung des Landes noch stärker als bisher am regionalen Bedarf orientieren. Die Wohnraumförderung soll dabei auch die Entwicklung in den Städten unterstützen.

Wir wollen außerdem den privaten Wohnungsbau fördern. Insbesondere junge Familien haben den Wunsch nach einem Eigenheim. Deshalb wollen wir in Hessen die Grunderwerbsteuer für förderungswürdige Gruppen senken, um damit einen Anreiz für private Investitionen zu schaffen.

Zu 8)

Wir brauchen dringend mehr Studienplätze in der Medizin, dafür werden wir sorgen. Wir wollen, dass die Planungsbereiche in der ärztlichen Versorgung verkleinert werden. Das wird vermeiden, dass sich gerade in den strukturschwachen Gebieten Ärztinnen und Ärzte nur in den Zentren niederlassen, während die ländlichen Gebiete um diese Zentren herum unversorgt bleiben. Wir wollen so genannte Landarztstipendien einführen. Allerdings müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass viele junge Ärztinnen und Ärzte lieber im Angestelltenverhältnis arbeiten wollen, um Beruf und Familie (besser) vereinbaren zu können. Diesem Umstand müssen wir Rechnung tragen. Grundsätzlich halten wir daran fest, dass die ärztliche, fachärztliche und zahnärztliche Versorgung durch freiberufliche Praxen gewährt werden muss. Wo dies der Kassenärztlichen Vereinigung bzw. der Kassenzahnärztlichen Vereinigung nicht mehr gelingt, müssen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, in eigener Regie tätig zu werden.

Wir sehen die Selbstverwaltungskörperschaften als natürliche Kooperationspartner bei der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung. Wir wollen sowohl diese als auch andere Akteure

im Gesundheitsbereich besser miteinander vernetzen und dafür die Gesundheitskonferenzen nutzen.

Wir wollen bei der Förderung von Krankenhäusern nicht nur auf Pauschalen setzen, sondern gezielt dort fördern, wo wir ein Krankenhaus brauchen. Das Land muss steuern, um auch in den ländlichen Bereichen die Versorgung sicherzustellen. Umgekehrt müssen wir an anderer Stelle ggf. vorhandene Überversorgung abbauen. Stationärer und ambulanter Bereich müssen miteinander verzahnt werden, um Synergieeffekte zu nutzen und auch die Notfallversorgung in allen Landesteilen zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen



Thorsten Schäfer-Gümbel

Landesvorsitzender